

26/X. 1918

Vollzugsauschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung. Die Note an Wilson.

Wien, 25. Oktober.

Der Vollzugsauschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung hat heute von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und von 5 bis halb 9 Uhr abends getagt. Es wurde endgültig der Text der Note an den Präsidenten Wilson über die Frage des Waffenstillstandes und des Friedens fortgesetzt.

Der Entwurf der Konstituierungsurkunde.

Die Abteilung für innere Verwaltungsfragen berichtete über die Gründung einer deutschböhmischen Landesversammlung und des Landesauschusses und legte den Entwurf der Konstituierungsurkunde vor, der grundsätzlich genehmigt wurde.

Provisorische Landesversammlungen und Landesauschüsse.

In der Nachmittags-sitzung wurde folgender Beschluß gefaßt: In Erwägung, daß die bisherige Zusammenfassung der Landtage und der Landesauschüsse der deutschösterreichischen Völker nicht entspricht; in weiterer Erwägung, daß die Länder in der gegenwärtigen Staatstrübsal einer provisorischen Vertretung bedürfen, beschließt der Vollzugsauschuß, der Nationalversammlung folgenden Antrag vorzulegen: Die Nationalversammlung wolle beschließen: Bis zur endgültigen Festsetzung der deutschösterreichischen Verwaltungsorganisation werden zur Vertretung der Länder provisorische Landesversammlungen und Landesauschüsse berufen.

Die heutigen politischen Parteien jedes Landes haben zu vereinbaren, in welcher Weise die provisorische Landesversammlung zusammengeführt werden soll, wie in jenen Ländern, wo Landesauschüsse nicht bestehen, solche zu bilden, und in jenen Ländern, wo nicht alle Parteien im Landesauschusse vertreten sind, Berufungen in die Landesauschüsse erfolgen sollen. Von der Konstituierung der provisorischen Landesversammlungen und Landesauschüsse ist der Vollzugsauschuß zu verständigen.

Der Obmann des Ernährungsauschusses berichtete über dessen Beratungen und legte Anträge vor, mit denen sich der Vollzugsauschuß morgen beschäftigen wird.

Ferner wurde ein Beirat mit dem Auftrag eingesetzt, Vorschläge über die Verwendung von Arbeitskräften und die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit beim Uebergang von der Kriegs- in die Friedensindustrie zu ermitteln. In diesem Beiräte sollen sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter paritätisch vertreten sein. Den Vorsitz wird ein Mitglied des Vollzugsauschusses führen.

Nächste Sitzung morgen Samstag, 26. d., 10 Uhr vormittags.

Forderungen des deutschösterreichischen Städtetages an die Nationalversammlung.

Die Vertreter der deutschösterreichischen Städte hielten im Wiener Rathaus eine außerordentliche Tagung ab. Der Obmann des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnete die Versammlung und gab bekannt, daß sich in seinem Auftrage Oberlurator v. Steiner der Abordnung der deutschen Nationalversammlung angeschlossen habe, welche in Berlin die Hilfe des Deutschen Reiches bezüglich der Ernährung der Stadt Wien und des deutschösterreichischen Gebietes anzusprechen habe. Die bestehende Regierung habe tatsächlich zu funktionieren aufgehört, die deutsche Nationalversammlung habe noch keine Exekutive. Der Ernährungsminister habe ihm erklärt, er sei nicht mehr in der Lage, einzugreifen, die Regierung habe keine Gewalt mehr, der Bürgermeister möge sich selbst helfen. Dies sei schwer möglich, da ihm der staatliche Apparat nicht zur Verfügung stehe. Wenn die Regierung erkläre, sie habe keine Macht mehr, dann sei es Pflicht der Nationalversammlung, sich selbst diese Macht zu geben und jenen Apparat zu schaffen, der imstande sei, die Lebensbedürfnisse der städtischen Bevölkerung näherzustellen.

Der Bürgermeister legte dann eine Entschliessung vor, die verlangt, daß die deutsche Nationalversammlung möglichst rasch die gesamte Verwaltung des neuen deutschen Staates übernehme und dafür Sorge, daß nicht nur zweckentsprechende Anordnungen an die Verwaltungsbehörden hinausgehen, sondern daß diese Anordnungen auch flaglos und restlos durchgeführt werden. Am dringendsten ist dies auf dem Gebiete der Volksernährung, wo die staatliche Gewalt längst versagt hat. Die deutschen Gebiete des ehemaligen Oesterreich bilden heute bereits ein besonderes, von seinen Nachbarn abgeschlossenes Ernährungsgebiet und bedürfen deshalb auch eines eigenen öffentlichen Ernährungsdienstes. Es wird deshalb für diese Gebiete die sofortige Errichtung eines selbständigen Volksernährungsamtes und dessen Umverteilung unter die Nationalversammlung verlangt. Bei der bevorstehenden Abrüstung und Heimkehr der im Felde stehenden Truppen wird es eine besonders wichtige Aufgabe der Nationalversammlung sein, die Ordnung aufrechtzuerhalten und durch rechtzeitige Vorbeugungsmaßnahmen Ausschreitungen und Unruhen zu vermeiden.

Die durch den Beschluß der Nationalversammlung angekündigte Ausarbeitung einer neuen Gemeindevorordnung und einer demokratischen Gemeindevahlordnung wird vom Städtetag gebilligt und begrüßt. Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs ist zur Mitarbeit an diesem Reformwerk heranzuziehen.

Bei der staatsfinanziellen Auseinandersetzung mit den übrigen Nationen des in seine natürlichen Bestandteile zerfallenden Staates wird nicht außer acht gelassen werden dürfen, daß die schwersten finanziellen Opfer im Kriege das deutsche Volk und insbesondere die städtische Bevölkerung und die städtischen Gemeinwesen zu tragen hatten.

Der Städtetag spricht schließlich seine Zuversicht aus, daß durch zielbewusstes und einmütiges Zusammenwirken die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage überwunden, ein halbtägiger, dauernder Bestand verheißender Friede erreicht und einer glücklichen Zukunft der Weg gebahnt werde. Auf uns selbst gestellt, werden wir in unentwegter Bündnistreue zum Deutschen Reiche halten und in enger Verbindung mit diesem an der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten deutschen Volkes arbeiten.

Bürgermeister Nizja (Graz) beantragte einen Zusatz, nach welchem der Wunsch auszusprechen sei, daß die Nationalversammlung Vertreter der Wirtschafts- und Berufsorganisationen zur Mitarbeit heranziehe.

Abgeordneter Marchl legt eine Entschliessung des Gemeinderates der Stadt Gills vor, in welcher verlangt wird, es möge alles aufgebieten werden, damit der auf das Deutschthum Untersteiermarks und die Einheit des Landes geplante Anschlag abgewehrt werde.

Bürgermeister Dr. Strobl (Willach) stellt einen Antrag bezüglich der Errichtung einer Staatsbahn.

Abgeordneter Nürsch (Dux) spricht sich für den sofortigen Anschluß an das Deutsche Reich aus.

Direktor Pietsch (Bielitz) regt die Bildung einer Bürgerwehr an, welcher alle wehrfähigen Männer vom 18. bis zum 40. Lebensjahre anzugehören hätten und beantragt eine Entschliessung gegen die Eingliederung schlesischer Gebietsteile in ein zukünftiges czecho-slowakisches oder polnisches Staatswesen.

Der Obmann der Geschäftsleitung, Abgeordneter Kraft, bezeichnet es als erste Forderung, daß das Ernährungswesen sofort verwaltungstechnisch übernommen werde.

Bei der Abstimmung wird die vom Bürgermeister Doktor Weiskirchner vorgelegte Resolution mit dem Zusatz des Bürgermeisters Nizja einstimmig angenommen, die in der Aussprache vorgebrachten Anträge und Anregungen werden von der Geschäftsleitung der deutschen Nationalversammlung unterbreitet werden.

Besprechung des deutschen Botschafters mit den Abgeordneten Dinghofer und Seitz.

Der deutsche Botschafter Graf Wedel erschien heute nachmittags im Parlament und hatte eine längere Besprechung mit den Präsidenten des deutschen Nationalrates Dr. Dinghofer und Seitz. Der dritte Präsident Fink weist in Ernährungsangelegenheiten in Berlin und konnte an der Konferenz nicht teilnehmen. Die Konferenz hat Ernährungsangelegenheiten betroffen.

Bevorstehende Aufhebung der Zensur durch die deutsche Nationalversammlung.

Wie aus dem Parlament verlautet, beabsichtigt der Vollzugsauschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung, in den nächsten Tagen die Präventivzensur als aufgehoben zu erklären.

Schaffung einer deutschösterreichischen Nationalgarde.

Die Wiener nationalen Körperschaften hielten in den letzten Tagen gemeinsame Beratungen ab, in denen außer nationalpolitischen Fragen auch die Schaffung einer deutschösterreichischen Nationalgarde besprochen wurde. Wie verlautet, sind die Vorbereitungen zur Bildung dieser deutschösterreichischen

Nationalgarde in Wien und in ganz Deutschösterreich bereits im Gange.

Die konstituierende Landesversammlung Deutschböhmens.

Der vorbereitende Ausschuß der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten hielt heute eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, Dienstag den 29. d. eine Vollversammlung der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten in Wien mit der Tagesordnung abzuhalten: Beschlußfassung über die Konstituierung Deutschböhmens. Dieser Vollversammlung wird der vorbereitende Ausschuß vorschlagen, für Montag den 4. November nach Aussig die konstituierende Landesversammlung Deutschböhmens einzuberufen.

Die deutschösterreichischen Abgeordneten in Berlin.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 25. Oktober.

Die gestern in Berlin eingetroffenen deutschösterreichischen Abgeordneten traten heute mittag zu einer Beratung mit dem Reichkanzler v. Pappe zusammen. Die deutschösterreichischen Abgeordneten ergrieffen alle nacheinander das Wort. Sie setzten ihre Wünsche bezüglich der Beihilfe zur Ernährung Deutschösterreichs auseinander. Der Leiter des Kriegs- und Ernährungsamtes v. Waldow betonte sich an der Debatte und brachte den Standpunkt seines Ressorts zur Geltung.

Heute nachmittag um 5 Uhr erschienen die deutschösterreichischen Abgeordneten im Reichstag. Sie hielten sich zuerst in der Wandelhalle auf und wurden mit zahlreichen Reichsratsabgeordneten aller Parteien bekanntgemacht, denen sie im Einzelgespräch die Gründe ihrer Anwesenheit auseinandersetzten. Um halb 6 Uhr trat der innerparteiliche Ausschuß mit den deutschösterreichischen Abgeordneten zu einer Sitzung zusammen. Die deutschösterreichischen Abgeordneten sind vom Staatssekretär des auswärtigen Amtes Dr. Solff zum Abendessen geladen.

Dringendste Beschlüsse bezüglich der Wünsche der deutschösterreichischen Abgeordneten sind bisher nicht gefaßt worden. Es besteht in Regierungskreisen große Neigung, diese Wünsche nach Möglichkeit zu erfüllen, doch werden erst Erwägungen darüber stattfinden, inwieweit die Ernährungsbedürfnisse des deutschen Volkes in Deutschland eine Hilfe erlauben.